

# **Blühflächen statt Wald? – Hubert Aiwanger verharmlost Naturzerstörung für Windkraft**

*Ein kritischer Kommentar zur Diskussion um den Windpark Sülzert und Bayerns planlose Energiewende.*

Die Energiewende braucht Tempo – doch wie sie umgesetzt wird, entscheidet über ihre Akzeptanz. Der geplante Windpark im Waldgebiet „Sülzert“ an der Grenze zwischen Bayern und Hessen wird zum Sinnbild einer kopflosen Politik. Hubert Aiwanger, Bayerns Wirtschaftsminister und Chef der Freien Wähler, zeigt dabei einmal mehr, wie man mit Halbwahrheiten und Holzhammerrhetorik an der Lebensrealität der Menschen vorbeiregiert.

## **Der Wald als Kollateralschaden**

Acht Windräder, jedes bis zu 170 Meter hoch, sollen in einem gesunden Mischwald entstehen – einem sogenannten „Klimawald“. Der Begriff ist kein PR-Gag, sondern beschreibt Wälder mit hoher Artenvielfalt und stabiler Struktur, die auch zukünftige Klimabedingungen überstehen können. Genau solche Wälder will man andernorts mit Millionenaufwand pflanzen – in Alzenau hingegen sollen sie für Windräder verschwinden.

Was sagt der Minister dazu? Hubert Aiwanger behauptet, Windräder würden kaum Wald zerstören. Es entstünden nur kleine Lichtungen, die ökologisch sogar *wertvoller* seien – schließlich blühten dort „Disteln und Schmetterlinge“. Die Idee: Aus Fällung wird Förderung. Aus Waldverlust wird Biodiversitätsgewinn. Man könnte fast meinen, Aiwanger hält Motorsägen für Naturschutzgeräte.

Diese Argumentation ist brandgefährlich. Sie ist nicht nur zynisch, sondern ökologisch naiv. Ein funktionierender Wald

ist weit mehr als die Summe seiner Blumen am Wegesrand. Er speichert Wasser, reguliert Temperatur, schützt vor Erosion – und ist in seiner Gesamtheit nicht durch ein paar bunte Blühstreifen ersetzbar.

## **Die Schönrechnerei der Standorte**

„Warum im Wald?“ fragte ein Zuschauer während der Sendung. Aiwangers Antwort: „Weil die Dörfer in Bayern meist von Wald umgeben sind. Wenn man 1000 Meter Abstand hält, landet man eben im Wald.“ Diese These blendet aus, dass Bayern jahrzehntelang aktiv Windkraft verhindert hat – vor allem durch die sogenannte ehemalige *10H-Regel*, die riesige Abstandsflächen zu Siedlungen vorschreibt und damit Waldstandorte zur einzigen „Option“ macht.

Es war also politisch gewollt, dass Windkraft auf Freiflächen oder Industriebrachen fast unmöglich war. Und jetzt wird den Menschen gesagt: „Tja, jetzt bleibt halt nur noch der Wald.“ Aiwanger versucht, das Ergebnis dieser jahrelangen Verhinderungspolitik als „Alternativlosigkeit“ zu verkaufen – und viele durchschauen das.

## **Bürgernähe? Eher ein Monolog**

Die Sendung „Jetzt red i“ lebt vom direkten Austausch mit Bürgern. Doch während sich die Menschen um die Zerstörung ihrer Heimat sorgen, begegnet Aiwanger ihnen mit gönnerhaftem „Fahrt halt mal dahin, wo's schon Windräder gibt“ – als ob Erfahrung mit Lärm, Flächenversiegelung und Wertverlust von Immobilien schon Akzeptanz schaffen würde.

Ein junger Mann brachte es auf den Punkt: „Überall ja – aber nicht bei uns. Wie wollen Sie die Leute mitnehmen?“ Aiwangers Antwort? Ein Anekdotchen über Rehe und Hasen, die angeblich friedlich unter Windrädern leben. Konkrete Bürgerbeteiligung? Fehlannonce. Stattdessen dominieren Ausreden und Ablenkungsmanöver.

Dabei ist Beteiligung der Schlüssel zur Energiewende. Was aber wirklich passiert, ist genau das Gegenteil: Bürger erfahren von Großprojekten meist erst, wenn alles entschieden ist. Wirtschaftlichkeitsrechnungen fehlen, Umweltgutachten werden spät offengelegt, Abstimmungen übergangen. Kein Wunder, dass Widerstand wächst.

## **Belastungsgrenze längst überschritten**

Albstadt – ein Ort mit rund 1300 Einwohnern – soll bald umzingelt sein: Windpark im Wald, ein Solarpark mit 14 Hektar, ein zweiter Solarpark auf bayerischer Seite, dazu ein riesiges Umspannwerk. Insgesamt geht es um über 60 Hektar Fläche – das Vierfache der eigentlichen Ortsgröße. Und Aiwangers Antwort darauf: „In der Lausitz wurde ein ganzes Dorf weggebaggert – so schlimm ist es bei euch doch nicht.“

Diese Argumentation ist zynisch. Nach dem Motto „Es geht schlimmer“ wird das massive Missverhältnis von Eingriffen und Ortsgröße kleingeredet. Gleichzeitig ignoriert Aiwanger die Rolle seiner Partei, die noch 2021 das geplante Umspannwerk selbst abgelehnt hatte. Heute ist es plötzlich „alternativlos“.

## **Energiewende braucht Planung, nicht PR**

Die Energiewende ist dringend – keine Frage. Aber sie braucht Ordnung, nicht Chaos. In Alzenau scheint genau das Gegenteil zu passieren: Parallelplanung privater Windparks, massive PV-Flächen ohne klare Netzanschlüsse, fehlende Wirtschaftlichkeitsstudien – und das alles auf dem Rücken kleiner Gemeinden, die weder personell noch finanziell auf diese Last vorbereitet sind.

Und der Energieminister? Der schaut zu, wie Ort für Ort überfordert wird – solange irgendwo die CO<sub>2</sub>-Bilanz sinkt. Bürgerbeteiligung, regionale Gerechtigkeit, kluge Raumordnung – all das kommt in Aiwangers Denken kaum vor. Dafür umso mehr

Populismus, Pseudo-Öko-Romantik und billige Polemik.

## **Fazit: Aiwanger ist Teil des Problems, nicht der Lösung**

Was Bayern braucht, ist eine Energiewende mit Herz, Hirn und Handschlagqualität. Was Hubert Aiwanger bietet, ist eine Mischung aus Holzweg und Schönfärberei. Er romantisiert Windräder im Wald, beschwichtigt Bürger mit Reh-Geschichten und drückt Infrastrukturprojekte durch, ohne die Regionen mitzunehmen.

Dabei zeigen Projekte wie das Nahwärmenetz in Bracht (Hessen), wie es gehen kann – lokal, partizipativ, nachhaltig. Doch dazu bräuchte es Politiker, die zuhören, vermitteln und ehrlich mit Chancen wie Belastungen umgehen. Hubert Aiwanger hat in Alzenau gezeigt, dass er dazu nicht bereit ist.

---

**Energiegewinner oder  
Energieschutt? – Warum die  
Windkraft in ihrer jetzigen  
Form zum Problem wird**



In einem aufsehenerregenden Vortrag rechnet ein deutscher Professor mit der Energiewende ab. Genauer: mit dem blinden Vertrauen in Windkraftanlagen als tragende Säule der Energieversorgung. Unter dem Titel „Energieschwachsinn von Windrädern“ analysiert er, warum Windkraft aus seiner Sicht mehr Schaden als Nutzen bringt. Die Aussagen sind Streitbar, doch sie werfen essenzielle Fragen auf – über technische Realitäten, wirtschaftliche Schief lagen und gesellschaftliche Verantwortung.

### **Gewinner gesucht: Wer profitiert wirklich von Windrädern?**

Der Professor bringt es provokant auf den Punkt: Nicht der Stromkunde oder die lokale Bürgerschaft sind die Gewinner der Windenergie, sondern einzelne Verpächter, die jährlich hohe Summen für die Bereitstellung ihres Grundstücks kassieren. Alle anderen zahlen drauf.

Laut ihm werfen nur rund 20 % aller Windparks überhaupt Gewinne ab. Besonders in Hessen hätten neue Anlagen deutlich weniger Strom produziert als prognostiziert. Die Differenz: rund 20 % unter den berechneten Erträgen. Die Konsequenz:

*„Alle anderen sind Verlierer.“*

Ein derartiges Missverhältnis zwischen Erwartung und Realität wäre in jeder anderen Branche ein Skandal.

### **Ein System aus Überschuss, Export und Entsorgungskosten**

Besonders alarmierend ist ein anderer Aspekt seiner Kritik: Schon heute exportiert Deutschland etwa ein Viertel seines Wind- und Solarstroms ins Ausland. Nicht etwa als Exportschlager – sondern weil der Strom hier nicht mehr gebraucht wird. Polen hat sogar Netzsperrungen eingeführt, um sich vor den Überschussmengen zu schützen.

Noch absurder: Der Export erfolgt nicht etwa gewinnbringend, sondern teilweise mit **negativen Börsenpreisen**. Das heißt: Deutschland zahlt dafür, seinen Strom loszuwerden. Der Professor nennt das zurecht einen Skandal.

### **Thüringen als Beispiel: Wenn der Strombedarf mit Wind nichts zu tun hat**

Am Beispiel Thüringens zeigt der Professor, wie weit Produktion und Bedarf auseinanderklaffen. Der Strombedarf liegt dort bei etwa 2500 Megawatt. Die erzeugte Windenergie liegt jedoch oft weit darunter – und in Spitzenzeiten weit darüber. Besonders kritisch: Die Erzeugung fällt regelmäßig auf null.

*„Diese Windstromerzeugung sinkt regelmäßig auf null.“*

Genau in diesen Momenten muss Strom zugekauft oder aus anderen Quellen bereitgestellt werden. Das führt zu einem instabilen Netz und verteuert die Energieversorgung für alle.

### **Unsere Argumente: Was die Diskussion um Windkraft oft verschweigt**

Die Aussagen des Professors decken sich mit vielen Beobachtungen, die in der öffentlichen Debatte kaum Platz finden. Daher wollen wir eigene Aspekte einführen, die die

Diskussion erweitern. So wird beispielsweise kaum thematisiert, wie massiv Windräder in Natur und Landschaft eingreifen. Die Rodung von Waldflächen für Windparks zerstört wertvolle Lebensräume für Tierarten, zerschneidet Wanderwege und mindert den Erholungswert ganzer Regionen erheblich.

Hinzu kommen gesundheitliche Auswirkungen, die oft verharmlost werden: Infraschall sowie ständige Lichtreflexionen können nachweislich Schlafstörungen, Kopfschmerzen und sogar psychische Belastungen auslösen. Dennoch werden viele Studien zu diesem Thema ignoriert oder bewusst kleingeredet.

Auch der Nutzen für die Allgemeinheit bleibt fraglich: Die wirtschaftlichen Gewinne landen in der Regel bei großen Energiegesellschaften oder Projektentwicklern. Die betroffenen Gemeinden vor Ort hingegen tragen die Belastung, ohne dass eine nennenswerte Wertschöpfung bei ihnen verbleibt.

Und schließlich stellt sich die Frage nach der Versorgungssicherheit: Ohne funktionierende Speichertechnologien sind Windräder als dauerhafte Energielieferanten unzuverlässig. In sogenannten Dunkelflauten, die mehrere Tage andauern können, stehen auch tausend Windräder still. Das Risiko eines instabilen Stromnetzes steigt damit erheblich.

### **Fazit: Ein Weckruf, den wir nicht ignorieren dürfen**

Die Aussagen des Professors sollten nicht als Polemik abgetan, sondern als Mahnung verstanden werden: Die Energiewende braucht Realitätssinn. Windkraft kann Teil der Lösung sein, aber nicht so, wie sie heute betrieben wird. Ohne große Speicherlösungen, ohne sinnvolle Standortwahl und ohne echte Beteiligung der Bürger vor Ort ist sie ein teures, unsoziales und landschaftszerstörendes Experiment.

Wir fordern: Schluss mit Symbolpolitik – her mit einem ehrlichen, ökologisch und sozial tragbaren Energiemodell für Deutschland.

---

# Das Aus für das Referenzertragsmodell? Der stille Tod der Windkraft in Süddeutschland – und warum das erst der Anfang ist



**Der politische Kuhhandel beginnt**

Was sich im neuen Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD versteckt, ist nicht weniger als eine energiepolitische

Zeitbombe für Süddeutschland. Ein harmlos klingender Satz – „Das Referenzertragsmodell wird auf den Prüfstand gestellt“ – entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als Todesstoß für Hunderte von Gemeinden, die sich bereits auf Windkraftprojekte eingestellt haben.

Man muss kein Prophet sein, um zu erkennen: Wenn Politiker etwas „auf den Prüfstand stellen“, ist das Ergebnis meist vorher festgelegt. Es geht nicht um Verbesserung, es geht um Abschaffung. Die Lobbyisten der großen Energiekonzerne reiben sich bereits die Hände.

### **Das perfide System hinter dem Referenzertragsmodell**

Lassen Sie uns Klartext reden: Das Referenzertragsmodell ist nichts anderes als eine künstliche Beatmung für Windräder, die eigentlich nie hätten gebaut werden dürfen. An windschwachen Standorten – und davon gibt es in Süddeutschland reichlich – werden Anlagen hochgezogen, die nur durch massive Subventionen überleben können.

Die Rechnung ist simpel: Je schlechter der Wind weht, desto mehr Geld gibt's vom Staat. Ein Windrad in Bayern, das nur 60% der Leistung eines Nordsee-Windrads bringt, bekommt dafür satte Zuschläge. Bezahlen darf das der Stromkunde über die EEG-Umlage. Ein Perpetuum mobile der Geldvernichtung.

### **Die wahren Profiteure des Systems**

Wer profitiert wirklich? Nicht die Bürger vor Ort, die mit Schattenwurf, Infraschall und zerstörten Landschaften leben müssen. Es sind die großen Projektierer, die Investmentfonds und die Grundstücksbesitzer, die ihre Äcker für 50.000 Euro Pacht pro Windrad und Jahr zur Verfügung stellen.

Besonders perfide: Viele dieser Verpächter wohnen gar nicht mehr in den betroffenen Gemeinden. Sie kassieren aus der Ferne, während die Nachbarn die Zeche zahlen.

## **Der große Bluff mit den Arbeitsplätzen**

Immer wieder hören wir das Märchen von den Arbeitsplätzen durch Windkraft. Die Realität sieht anders aus: Ein Windpark mit 10 Anlagen schafft vielleicht 2-3 dauerhafte Jobs für Wartungstechniker. Die meisten davon gehen an spezialisierte Servicefirmen aus dem Norden.

Gleichzeitig verlieren Regionen ihre touristische Attraktivität. Wer will schon Urlaub zwischen 250 Meter hohen Industrieanlagen machen? Hotels schließen, Gastronomen geben auf, ganze Dörfer veröden.

## **Die ökologische Katastrophe**

Was die Windkraft-Lobby verschweigt: Für jedes Windrad werden bis zu 5.000 Tonnen Beton in den Boden gepumpt. Fundamente, die niemals wieder entfernt werden. Zuwegungen zerschneiden Wälder, seltene Vogelarten wie der Rotmilan werden zu Tausenden geschreddert.

Und das alles für eine Technologie, die bei Flaute keinen einzigen Kilowatt liefert. In Bayern stehen die Räder durchschnittlich 70% der Zeit still. Dafür opfern wir unsere letzten intakten Naturräume?

## **Das Nord-Süd-Komplott**

Die Abschaffung des Referenzertragsmodells ist nur ein Baustein in einem größeren Plan: Der Norden produziert den Strom, der Süden soll ihn teuer kaufen. Die geplanten Stromtrassen – SuedLink, SuedOstLink – sind nichts anderes als Gelddruckmaschinen für die Netzbetreiber.

Garantierte Renditen von 9% auf jeden investierten Euro, bezahlt vom Stromkunden. Während im Norden die Windräder sich drehen, sollen im Süden die Stromzähler rotieren.

## **Die versteckten Kosten**

Niemand spricht über die wahren Kosten der Windkraft:

**Wertverlust von Immobilien:** Bis zu 30% Wertverlust für Häuser im Umkreis von 2 Kilometern

**Gesundheitskosten:** Schlafstörungen, Stress, psychische Belastungen durch permanente Geräusche

**Infrastrukturkosten:** Straßen müssen für Schwertransporte ausgebaut werden

**Rückbaukosten:** Pro Windrad 500.000 Euro – wenn die Betreiberfirma nicht vorher pleite geht

### **Der demokratische Betrug**

Besonders bitter: Viele Gemeinden wurden mit falschen Versprechungen geködert. Man versprach Gewerbesteuereinnahmen in Millionenhöhe. Die Realität: Nach wenigen Jahren werden die Windparks an Briefkastenfirmen in Luxemburg verkauft. Die Gewerbesteuer fließt woanders hin, die Windräder bleiben.

Bürgerbeteiligung? Eine Farce! Bei den meisten Projekten dürfen Anwohner maximal symbolische Anteile zeichnen. Die echten Gewinne landen bei institutionellen Investoren.

### **Auch das Windkraft-Flächenziel wackelt**

Und als wäre das noch nicht genug, haben Union und SPD noch einen zweiten Punkt im Koalitionsvertrag versteckt, der vielen Windkraft-Befürwortern schlaflose Nächte bereiten dürfte: Das ehrgeizige Ziel, bis 2032 ganze zwei Prozent der deutschen Fläche für Windräder freizugeben, soll auf den Prüfstand. Der Bundesverband Windenergie ist natürlich empört und meint, das sei viel zu früh – schließlich seien die meisten Flächen noch gar nicht ausgewiesen.

Aber mal ehrlich: Für unzählige Gemeinden und ihre Bewohner kann diese Überprüfung gar nicht früh genug kommen. Dieses starre Zwei-Prozent-Diktat ist doch völlig an der Realität vorbei! Da wird einfach beschlossen, dass jede Region – egal ob windig oder windstill – ihren Anteil an Windrädern abbekommen muss. Besonders absurd wird's in Süddeutschland, wo

selbst an guten Tagen kaum ein Lüftchen weht. Trotzdem müssen die Kommunen krampfhaft Flächen ausweisen, koste es, was es wolle.

Viele Bürgermeister können ein Lied davon singen: Sie werden praktisch genötigt, ihre schönsten Wälder, Wiesen und Naherholungsgebiete für gigantische Windräder herzugeben – nur damit irgendeine Statistik in Berlin stimmt. Dabei weiß jeder vor Ort, dass diese Anlagen dort niemals wirtschaftlich laufen werden. Es ist höchste Zeit, dass dieser Irrsinn endlich hinterfragt wird. Wir brauchen keine Planwirtschaft bei der Energiewende, sondern gesunden Menschenverstand: Windräder gehören dorthin, wo auch Wind weht – und nicht in jeden Wald, nur weil's eine Quote zu erfüllen gibt.

### **Die Alternative wird totgeschwiegen**

Warum redet niemand über dezentrale Lösungen? Photovoltaik auf jedem Dach, Kleinwasserkraft, Biomasse aus regionalen Quellen – all das wäre effizienter und bürgernäher als gigantische Windparks. Aber damit lässt sich kein großes Geld verdienen.

### **Was jetzt passieren muss**

Die Abschaffung des Referenzertragsmodells könnte der Anfang vom Ende des Windkraft-Wahns sein. Endlich würde sich zeigen, dass Windräder im Binnenland ökonomischer Unsinn sind.

### **Unsere Forderungen:**

Sofortiger Stopp aller Windkraftprojekte in windschwachen Gebieten

Mindestabstand von 10H (10x Nabenhöhe) zu Wohnbebauung

Komplettes Verbot von Windkraft in Wäldern und Schutzgebieten

Rückbauverpflichtung mit Sicherheitsleistung VOR Baubeginn

Echte Bürgerbeteiligung mit Vetorecht für betroffene Gemeinden

### **Fazit: Der Kaiser ist nackt**

Die mögliche Abschaffung des Referenzertragsmodells entlarvt

die Windkraft als das, was sie schon immer war: Ein subventionsgetriebenes Geschäftsmodell auf Kosten von Natur, Landschaft und Lebensqualität.

Wenn selbst mit massiven Zuschlägen kein wirtschaftlicher Betrieb möglich ist, sollten wir endlich den Mut haben zu sagen: Diese Technologie gehört nicht in unsere Kulturlandschaften.

Es ist Zeit, dass die schweigende Mehrheit aufsteht und NEIN sagt zu diesem Irrsinn. Bevor es zu spät ist und unsere Heimat endgültig zur Industrielandschaft verkommen ist.

### **Quellen/ Belege:**

<https://www.schwaebische.de/wirtschaft/stoppt-ein-einziges-wort-die-windkraft-in-baden-wuerttemberg-energie-wende-3490903>

Berichtet über die Passage im Koalitionsvertrag (Zeile 1042-1044): „Wir überprüfen das Referenzertragsmodell auf Kosteneffizienz unter anderem hinsichtlich unwirtschaftlicher Schwachwind-Standorte“

<https://www.bmwk-energie-wende.de/EWD/Redaktion/Newsletter/2016/04/Meldung/direkt-erklaert.html>

Erklärt die Funktionsweise des Referenzertragsmodells

<https://www.agora-energie-wende.de/publikationen/verguetung-von-windenergieanlagen-an-land-ueber-das-referenzertragsmodell>

Studie zur Weiterentwicklung des Referenzertragsmodells

---

# Horst Herman: Profit über alles – Natur und Menschen bleiben auf der Strecke



⚠ Profil nicht beansprucht

## V-Markt

Bewertungen 63 .  1,7 

 Bewertung abgeben

Zur Website 



Unternehmen auf Trustpilot können keine Belohnungen anbieten oder Geld bezahlen, um verbergen.

Horst Herman, Unternehmer und Betreiber der umstrittenen V-Märkte, sorgt in Geiselhöring für massiven Unmut. Der Mann, dessen Einzelhandelsketten laut Kundenbewertungen seit Jahren in der Kritik stehen, plant, neun Windkraftanlagen mitten in einem ökologisch wertvollen Wald zu errichten. Während Herman selbst fernab in Mauerstetten lebt, sollen die Menschen vor Ort mit den Auswirkungen seines Großprojekts leben.

**Er war bislang nicht ein einziges Mal bei den Anwohnern vor Ort – keine Bürgerversammlung, kein Dialog, kein Interesse am Austausch.** Was sich hier abzeichnet, empfinden viele als klassischen Fall von Gewinnstreben ohne Rücksicht auf Natur, Anwohner oder demokratische Mitbestimmung.

## Windräder im Schwachwindgebiet –

## **Subventionen statt Strom**

**Die geplanten Anlagen sollen ausgerechnet in einem ausgewiesenen Schwachwindgebiet entstehen – wirtschaftlich grenzwertig, ökologisch fragwürdig.** Doch für Investoren wie Herman kann sich das lohnen: Über das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) erhalten Windkraftbetreiber **höhere Einspeisevergütungen** in Regionen mit wenig Wind – als sogenannte „Ausgleichsentlastung“.

**So entsteht der Eindruck, dass hier weniger Windenergie erzeugt als vielmehr Windkraft zur Geschäftsoptimierung genutzt wird.** Bei einem angenommenen Ertrag von unter 60 Prozent des bayrischen Durchschnitts und etwa 20 Jahren Betriebszeit können dabei **staatlich garantierte Einnahmen in Millionenhöhe** generiert werden – ganz unabhängig von der tatsächlichen Windleistung.

## **Vom Naturraum zur Industriefläche**

Der Wald, den Herman erworben hat, ist bislang ein Rückzugsort für Mensch und Tier. Er ist Lebensraum für zahlreiche Tierarten, Brutstätte für Vögel und ein beliebtes Naherholungsgebiet. Doch statt diesen Raum zu schützen, soll er nun weichen – für eine Industrialisierung mit tonnenschweren Fundamenten, kilometerlangen Wegen und bis zu 250 Meter hohen Windkraftanlagen.

Für viele Bürgerinnen und Bürger ist das ein schwer nachvollziehbarer Eingriff in ein intaktes Ökosystem – unter dem Deckmantel der Energiewende, aber mit klarem wirtschaftlichem Eigeninteresse.

## **Bürgerbeteiligung? Fehlanzeige**

Aus Sicht zahlreicher Anwohnerinnen und Anwohner wurde die Öffentlichkeit zu spät und nur unzureichend informiert. Kritiker sprechen davon, dass wesentliche Entscheidungen

bereits getroffen waren, bevor die Bevölkerung überhaupt einbezogen wurde.

*„Erst als alles beschlossen war, hat man uns gesagt, was hier wirklich geplant ist.“*

Die wenigen Informationsveranstaltungen, die stattfanden, wurden von vielen als unzureichend wahrgenommen – Fragen seien nur unvollständig beantwortet worden, Kritik schnell abgewehrt worden. Der Eindruck: Hier werden Fakten geschaffen – und die Menschen vor Ort müssen sich damit abfinden.

## **V-Märkte: Ein Blick auf die Vergangenheit**

Ein Blick auf Hermans bisherige unternehmerische Tätigkeit wirft Fragen auf. Seine Supermarktkette „V-Markt“ wird auf Portalen wie Trustpilot und Trustedshops auffallend schlecht bewertet. Kritisiert werden unter anderem die Produktqualität, der Kundenservice und organisatorische Mängel. Auch ehemalige Mitarbeitende melden sich auf Plattformen wie Kununu zu Wort und berichten von problematischen Arbeitsbedingungen.

Die Frage drängt sich auf: Sollte jemand, der bereits in einem überschaubaren Bereich wie dem Einzelhandel erhebliche Kritik auf sich zieht, wirklich ein komplexes Windkraftprojekt in einem sensiblen Naturraum verantworten?

## **Energiewende als Geschäftsmodell**

Natürlich brauchen wir erneuerbare Energien – darüber herrscht weitgehend Konsens. Doch wenn Klimaschutz dazu führt, dass Wälder gerodet, Tiere verdrängt und Menschen belastet werden, stellt sich die Frage: Dient dieses Projekt wirklich dem Gemeinwohl – oder vor allem den wirtschaftlichen Interessen einzelner Investoren?

*„Es geht hier nicht um Nachhaltigkeit, sondern um Rendite. Der Klimaschutz wird vorgeschoben – auf Kosten der Natur.“*

**Hinzu kommt die wirtschaftliche Belastung für die Anwohner: Windkraftanlagen in Wohnortnähe senken nachweislich den Immobilienwert.**

Laut dem [Bayerischen Energieatlas](#) können Einbußen beim Verkaufswert von bis zu **23 Prozent** die Folge sein – je nach Entfernung zur Anlage.

## **Wo bleibt die Kontrolle durch Politik und Behörden?**

Besonders besorgniserregend: Die politische Kontrolle scheint auszubleiben. Bisher sind kaum kritische Stimmen aus der Lokalpolitik zu hören. Umweltbehörden halten sich zurück. Für viele Bürger entsteht der Eindruck, dass hier wirtschaftliche Interessen stillschweigend über die Bedürfnisse der Bevölkerung und den Schutz der Natur gestellt werden.

## **Bürgerprotest als letzte Instanz**

In Geiselhöring formiert sich nun Widerstand. Bürgerinitiativen entstehen, Petitionen werden vorbereitet, Protestaktionen sind in Planung.

*„Wir kämpfen nicht gegen Windkraft – sondern gegen ein Projekt, das in seiner Ausgestaltung und Standortwahl völlig unverhältnismäßig ist.“*

Der Protest richtet sich nicht gegen den Fortschritt, sondern gegen die Art und Weise, wie er durchgesetzt wird.

## **Fazit: Rücksichtslosigkeit im grünen Gewand**

Das Projekt in Geiselhöring zeigt beispielhaft, wie die Energiewende missbraucht werden kann – nicht als Instrument des Umweltschutzes, sondern als Geschäftsmodell. Horst Herman

steht dabei sinnbildlich für eine Unternehmenskultur, in der Rendite oft Vorrang vor sozialer Verantwortung und ökologischem Bewusstsein hat.

Die Menschen in Geiselhöring aber sind entschlossen, sich zu wehren.

Denn eines ist klar: Klimaschutz darf nicht zur Ausrede werden, um unternehmerische Interessen auf Kosten von Mensch und Natur durchzusetzen.

---

**Windkraft mit der Brechstange  
– Wie der Planungsverband  
Donau-Wald Demokratie,  
Bürgerrechte und gesunden  
Menschenverstand ignoriert**



Die Energiewende braucht Akzeptanz – und keine Planungswillkür im Hinterzimmer. Doch genau diese scheint der **Regionale Planungsverband Donau-Wald** mit erschreckender Offenheit zu praktizieren. Unter dem Deckmantel angeblicher Zeitnot wird hier nicht nur planungsrechtlich übergriffig agiert – sondern offensichtlich **bewusst gegen geltende Maßstäbe, Anwohnerinteressen und eigene Zielvorgaben verstoßen**. Der Fall **Franken-Neuhofen** ist ein beispielloses Dokument politischen Versagens – oder politischer Absicht.

## **Informiert, gewarnt – und bewusst ignoriert**

Am **10. Juli 2025** wurde dem gesamten Planungsverband die dramatische Situation in Franken-Neuhofen detailliert dargelegt: Eine **regelrechte Umzingelung durch Windkraftprojekte**, wie sie in Bayern ihresgleichen sucht. Die

Gemeinde steht bereits heute unter massiver Vorbelastung – ökologisch, gesundheitlich, sozial.

**Doch das Gremium reagierte nicht mit Verantwortung, sondern mit Ignoranz.** Ein **Änderungsantrag** der Mitglieder **Mangold und Gold**, der die völlig überzogene Flächenausweisung zumindest korrigieren wollte, wurde **lapidar abgebügelt** – mit gerade einmal zwei Stimmen Zustimmung. Demokratische Teilhabe? Zweitrangig.

## **Die offizielle Ausrede: „Wir sind zu spät dran“**

Die Begründung für das planungswidrige Durchregieren ist ebenso durchschaubar wie entlarvend: Laut **Laumer, Seissler und Lichtinger** sei man „schon so spät dran“, dass nun möglichst schnell möglichst viele Flächen ausgewiesen werden müssten.

Doch was daraus folgt, ist ein regelrechter **Wortbruch am Gesetz**: Anstatt sich an das bis **31.12.2026 geltende Ziel von 1,1 % Windvorrangfläche** zu halten – wie es das neue Wind-an-Land-Gesetz vorsieht – setzt der Verband **gleich auf 1,8 %**, also die Quote, die **erst ab 2032** verbindlich wird.

**Was ist das für ein Verständnis von gesetzlicher Planung?** Hier wird nicht geplant, hier wird **gezockt mit Bürgern, Eigentum und Lebensqualität**.

## **Pikant: Die Flächen sind längst mit einem Investor „besprochen“**

Besonders brisant: Laut Hr. **Seissler** ist die Fläche bei Franken-Neuhofen bereits **mit dem Investor Hermann besprochen worden**. Diese Aussage ist ein offenes Eingeständnis dessen, was viele Bürger lange vermutet haben: **Die Entscheidungen werden längst hinter verschlossenen Türen getroffen – noch bevor überhaupt Planverfahren abgeschlossen sind.**

Was bedeutet das im Klartext?

Dass der Planungsverband offenbar **keine unabhängige, gemeinwohlorientierte Entscheidung treffen kann**, weil man sich **durch inoffizielle Investorengespräche politisch erpressbar gemacht hat**. Demokratie adé – willkommen im Klüngelclub.

## **Willkür beim Planungsziel: Wenn etwas nicht passt, wird es einfach gestrichen**

Der Tiefpunkt ist jedoch die systematische **Manipulation der Planungsziele**. Hr. Schmauß, beauftragt mit der Erarbeitung der Windvorrangflächen, hat in seinem aktuellen Entwurf **die Vermeidung von Überlastungen vollständig gestrichen** – obwohl genau dieses Ziel in früheren Entwürfen noch zentral war.

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt: **Ein Gebiet wie Franken-Neuhofen – objektiv völlig überlastet – würde mit einer solchen Vorgabe automatisch aus der Planung fallen**. Also wird die Vorgabe einfach getilgt.

Dass am Ende **Ronny Reith** mit viel Einsatz wenigstens einen „Appell zur Prüfung von Überlastung“ in die Präambel retten konnte, ist ein schwacher Trost. Ein Appell ersetzt **keine rechtlich bindende Schutzklausel**.

---

## **Was hier passiert, ist institutioneller Kontrollverlust**

Die Geschehnisse im Planungsverband Donau-Wald zeigen in aller Deutlichkeit, wie leicht sich demokratische Strukturen in der Raumplanung unterwandern lassen, wenn Kontrolle, Transparenz und Rückgrat fehlen:

- **Rechtsstaatliche Fristen** werden instrumentalisiert, um

überzogene Maßnahmen durchzudrücken.

- **Investoreneinfluss** wird nicht nur geduldet, sondern in der Planung berücksichtigt.
- **Bürgerinteressen und Gemeindevinweise** werden ignoriert oder bewusst ausgehebelt.
- **Planungsziele** werden verändert, um unliebsame Tatsachen zu umgehen.

Das ist **kein Planungsversagen** – das ist **ein Planungskandal**.

---

## **Forderung: Sofortige Überprüfung durch übergeordnete Stellen**

Es ist höchste Zeit, dass hier nicht länger auf lokaler Ebene gemauschelt wird. Was in Donau-Wald geschieht, muss **sofort durch unabhängige Stellen überprüft werden** – sei es durch das **Bayerische Innenministerium, die Raumordnungsbehörde oder parlamentarische Kontrollinstanzen**.

Denn wenn Planungsverbände zu Erfüllungsgehilfen von Investoren verkommen, hat das mit demokratischer Energiewende nichts mehr zu tun. Dann bleibt von Bürgerbeteiligung nur noch ein Feigenblatt.

---

## **Millionengrab im Bayerischen Wäldern: Wie der Mega-**

# Windpark Natur und Steuerzahler ruiniert



## Was geplant ist – und was uns erwartet

Mitten in den uralten Wäldern Niederbayerns und der Oberpfalz, zwischen Mengkofen, Laberweinting, Geiselhöring, Neufahrn, Mallersdorf, Bayerbach, Sünching, Ergoldsbach und Schierling, sollen 12 Windparks entstehen zusammengefasst nennen wir das einen Mega-Windpark, wie ihn Bayern noch nie gesehen hat. Über 60 Windräder, jedes so hoch wie ein Wolkenkratzer, sollen sich bald durch die Baumkronen drehen – und das mitten im Forst, wo bislang Rehe, Füchse und seltene Vögel ihre Heimat hatten.

Während Bayern 2024 gerade einmal 15 neue Windräder ans Netz brachte – weit entfernt vom selbstgesteckten Ziel von 200 Anlagen pro Jahr – plant die Staatsregierung nun den großen Wurf: Mega-Windparks in den letzten unberührten Wäldern Niederbayerns und der Oberpfalz. Was Wirtschaftsminister Aiwanger als ‚Trendwende‘ verkauft, ist ein doppeltes Desaster.

## **Naturzerstörung unter dem Deckmantel der Energiewende**

Was als grünes Prestigeprojekt verkauft wird, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als doppeltes Millionengrab: Für die Steuerzahler – und für die Natur. Denn für den Bau dieser Windräder müssen nicht nur einzelne Bäume, sondern ganze Schneisen in die Wälder geschlagen werden. Es geht nicht nur um die Standfläche der Türme, sondern auch um breite Zuwegungen, Kranstellflächen und dauerhafte Rodungen. Lebensräume werden zerschnitten, seltene Arten wie Fledermäuse und Greifvögel geraten in Gefahr, und der Wald als natürlicher CO<sub>2</sub>-Speicher wird unwiederbringlich geschwächt. Ersatzaufforstungen auf dem Papier können den ökologischen Schaden vor Ort nicht ausgleichen.

## **Südquote: Subventionsmaschine auf Kosten der Allgemeinheit**

Doch damit nicht genug: Die geplanten Windräder stehen in einer der windärmsten Regionen Deutschlands. Sie drehen sich oft im Leerlauf – kassiert wird trotzdem. Dank einer Sonderregel im Erneuerbare-Energien-Gesetz fließen für jede Kilowattstunde Windstrom aus diesen Schwachwindanlagen bis zu 13 Cent – mehr als doppelt so viel wie an windreichen Standorten im Norden. Der Süden zahlt drauf, die Betreiber lachen sich ins Fäustchen. Diese ‚Südquote‘ sollte eigentlich den Netzausbau reduzieren, wird aber zur Goldgrube für Investoren auf Kosten der Stromkunden. Das ist mehr als für Atomstrom in Großbritannien und sogar teurer als viele moderne Gaskraftwerke. Die Industrie in der Region winkt ab: Der Strom ist schlicht zu teuer, um wettbewerbsfähig zu sein. Die Differenz zahlt – wie immer – die Allgemeinheit.

## **Beton, Kosten, Folgeschäden**

Zu den direkten Subventionen kommen versteckte Kosten: Für

jedes Windrad müssen bis zu 5 km Waldwege betoniert werden – so breit wie eine Landstraße. Wo früher Wildkatzen ihre Spuren hinterließen, rollen bald Tieflader mit Rotoren durch – bezahlt aus Steuermitteln. Die Netzanbindung? Ebenfalls auf Kosten der Allgemeinheit. Und wenn die Anlagen nach 20 Jahren zurückgebaut werden müssen, bleiben tonnensweise Betonfundamente im Waldboden – ein ökologisches Erbe für Generationen.

## **Abregelung im Sommer – Betreiber kassieren trotzdem**

Und als wäre das nicht schon absurd genug, kommt es in den Sommermonaten noch dicker: Wenn die Sonne scheint und die Photovoltaik-Anlagen auf Hochtouren laufen, produziert Bayern oft mehr Strom, als das Netz aufnehmen kann. Die Folge: Wind- und Solaranlagen werden abgeregelt, der Strom wird gar nicht erst eingespeist – aber die Betreiber kassieren trotzdem Entschädigungen. Bezahlt wird auch das aus dem großen Topf der Steuerzahler.

Wasserkraft? Ihr Potenzial ist längst ausgeschöpft. Gaskraftwerke? Politisch unerwünscht und teuer. Und so wird weiter gebaut, was das Zeug hält – koste es, was es wolle. Während die Politik von Klimaschutz spricht, werden im Namen der Energiewende uralte Wälder geopfert – für Windräder, die oft stillstehen müssen, weil das Netz überlastet ist. Die Rechnung zahlen am Ende nicht nur die Steuerzahler, sondern auch die Natur.

## **Wald-Windkraft ist politisch umstritten**

Besonders pikant: Selbst Naturschutzverbände sind gespalten. Während der BUND Naturschutz grundsätzlich für Windkraft plädiert, warnt der Landesbund für Vogelschutz (LBV) eindringlich: ‚Der Wald darf nicht zur Verfügungsmasse werden.‘ Die geplanten Anlagen bedrohen nicht nur Rotmilan und

Schwarzstorch, sondern zerschneiden auch die letzten Rückzugsräume für Wildkatze und Luchs.

## **Blick ins Ausland: Warum dort kein Wald geopfert wird**

Ein Blick über die Grenze zeigt die Absurdität: In Österreich werden Windräder in Wäldern kategorisch abgelehnt. In der Schweiz sind sie in Schutzgebieten verboten. Nur Deutschland opfert seine letzten Naturräume für eine Technologie, die an diesen Standorten wirtschaftlich unsinnig ist.

## **Lokaler Widerstand formiert sich**

In Laberweinting formiert sich bereits Widerstand: Die Bürgerinitiative „Energiewende Ja – Umzingelung Nein“ kämpft für eine faire und nachhaltige Energiewende im Labertal. Wir sagen Ja zu grüner Energie und unterstützen den Ausbau erneuerbarer Energien – aber nicht um jeden Preis. Die geplante massive Umzingelung unserer Dörfer durch Windkraftanlagen bedroht unsere Lebensqualität, unsere Natur und das Miteinander in der Region. Wir setzen uns dafür ein, dass die Energiewende mit Augenmaß und unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger gestaltet wird. Unsere Heimat darf nicht zum reinen Industriegebiet werden. Es braucht Lösungen, die sowohl den Klimaschutz als auch den Schutz unserer Dörfer und Wälder im Blick haben.

– **Simon Berleb** von der [Bürgerinitiative EjUn](#)

Es geht nicht nur um ein paar Windräder. Es geht um den Verlust unserer Landschaft, um den Eingriff in jahrhundertealte Wälder, unsere Vögel und Wildtiere und um die Zukunft unserer Kinder. Während in Berlin über Klimaziele diskutiert wird, sollen hier bei uns Schneisen durch Lebensräume geschlagen werden – für Anlagen, die

wirtschaftlich nicht tragfähig und ökologisch katastrophal sind. Das ist nicht die Energiewende, die wir wollen. *Wir fordern: Schluss mit der Zerstörung unserer Heimat!*“

– Martin Promesberger von der [Bürgerinitiative ProNatur](#)

## **Die nackten Zahlen am Ende:**

Jede der 60 geplanten Windkraftanlagen soll im Jahr rund fünf Millionen Kilowattstunden liefern. Macht zusammen 300 Millionen Kilowattstunden. Die Extra-Subvention pro Kilowattstunde: sechs Cent. Das ergibt eine jährliche Zusatzbelastung von über 18 Millionen Euro – Jahr für Jahr, über Jahrzehnte. In 20 Jahren summiert sich das auf mehr als 360 Millionen Euro, die aus den Taschen der Bürger verschwinden. Und das alles für Strom, der teurer ist als Atom- oder Gaskraft, und der im Sommer oft gar nicht gebraucht wird.

## **Schlusswort & Handlungsaufruf**

Die Zeit drängt: Noch können die Planungen gestoppt werden. Noch können Bürger Einspruch erheben. Doch das Zeitfenster schließt sich. In wenigen Jahren könnten die ersten Bäume fallen – für Windräder, die mehr kosten als sie bringen, die öfter stillstehen als laufen, und die unsere letzten Wälder in Industrielandschaften verwandeln.

Die Frage ist nicht, ob wir Klimaschutz brauchen. Die Frage ist: Müssen wir dafür unsere Seele verkaufen? Es gibt Alternativen: Photovoltaik auf versiegelten Flächen, Windkraft an geeigneten Standorten, echte Energieeffizienz statt Subventionswahnsinn. Bayern hat die Wahl – noch.

## **Quellen & Belege**

Durchschnittliche Windgeschwindigkeit in Bayern (5–6 m/s) vs. Norden (8–9 m/s)

Studie:

<https://naturschutz-initiative.de/aktuell/klartext/keine-windenergie-im-wald-neue-studie-des-upi-institutes-laesst-wesentliche-aspekte-aussen-vor/>

Höhere Kollisionsrisiken für Fledermäuse & Vögel

[https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user\\_upload/stmwi/publikationen/pdf/2023-05-24\\_Windenergieanlagen\\_im\\_Wald.pdf](https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user_upload/stmwi/publikationen/pdf/2023-05-24_Windenergieanlagen_im_Wald.pdf)

Südquote im EEG – bis 20 % Zuschlag ab 2024

[https://ariadneprojekt.de/media/2022/06/Ariadne-Analyse\\_Regionale-Steuerungsinstrumente\\_Juni2022.pdf](https://ariadneprojekt.de/media/2022/06/Ariadne-Analyse_Regionale-Steuerungsinstrumente_Juni2022.pdf)

Flächenverbrauch pro Windrad im Wald ( $\approx 0,5$  ha dauerhaft)

<https://de.wikipedia.org/wiki/Windkraftanlage>

EEG-Vergütung – Subventionshöhe bis zu 13 Cent und Funktionsweise

<https://www.windbranche.de/wirtschaft/eeg-verguetung>

[https://ariadneprojekt.de/media/2022/06/Ariadne-Analyse\\_Regionale-Steuerungsinstrumente\\_Juni2022.pdf](https://ariadneprojekt.de/media/2022/06/Ariadne-Analyse_Regionale-Steuerungsinstrumente_Juni2022.pdf)

Österreichs Wald-Ausschlusszone bei Windkraft

[https://de.wikipedia.org/wiki/Windenergie\\_in\\_Ober%C3%B6sterreich](https://de.wikipedia.org/wiki/Windenergie_in_Ober%C3%B6sterreich)

---

# Leserbriefe



## **Wie versprochen, veröffentlichen wir hier die eingegangenen Leserbriefe:**

Nach unseren letzten Beiträgen haben uns zahlreiche Rückmeldungen erreicht – per E-Mail, über soziale Medien und sogar handgeschrieben per Post. Es zeigt sich einmal mehr: Das Thema bewegt die Menschen, regt zum Nachdenken an und sorgt für angeregte Diskussionen. Genau das war unser Ziel.

Ob zustimmend, kritisch oder nachdenklich – Ihre Meinungen sind für uns ein wertvoller Kompass. Sie spiegeln wider, was unsere Leserinnen und Leser denken, fühlen und fordern. Deshalb möchten wir auch nicht nur berichten, sondern Raum für den Dialog schaffen.

An dieser Stelle geben wir Ihnen das Wort – ungefiltert, ehrlich und vielfältig. Denn Ihre Stimmen gehören genauso zur Debatte wie unsere Recherchen.

### **Leserbrief #1**

Ich möchte mich zu eurer Kritik am Bau der Windkraftanlagen und eurem Argument der Rodung von 1,2 Hektar Wald äußern, weil mir das Thema wirklich am Herzen liegt – als jemand, der den Wald liebt und der gleichzeitig Klimaschutz für dringend nötig hält.

Mir fällt auf, wie oft in der Diskussion gesagt wird, dass durch Windkraft „unwiederbringlich“ Wald zerstört wird. Das klingt erst mal dramatisch, aber wenn ich genauer hinschaue, stimmt das so pauschal einfach nicht. Die Flächen, die für Windräder gerodet werden, werden meist an anderer Stelle wieder aufgeforstet oder durch ökologische Maßnahmen ausgeglichen. Das wird leider oft gar nicht erwähnt.

Außerdem ist der Flächenverbrauch im Verhältnis zu anderen Energieformen wirklich gering. Für eine Windkraftanlage braucht man nur einen kleinen Teil des Waldes, meist für Wege und das Fundament. Der Großteil bleibt stehen oder wird später sogar wieder in einen natürlichen Zustand gebracht. Und die Standorte sind meistens so gewählt, dass keine alten, wertvollen Waldbestände betroffen sind, sondern Flächen, die sowieso schon forstwirtschaftlich genutzt werden.

Ich finde auch, dass das Argument, hier würde einfach „Natur zerstört“, den eigentlichen Zusammenhang übersieht: Unsere Wälder werden durch den Klimawandel – durch Trockenheit, Stürme und Schädlinge – viel mehr bedroht als durch einzelne Windkraftanlagen. Wenn wir wirklich etwas für den Erhalt des Waldes tun wollen, dann brauchen wir die Energiewende – und Windkraft spielt dabei eine Schlüsselrolle.

Mir ist bewusst, dass der Eingriff in die Natur immer gut überlegt sein muss. Aber mit Ausgleichsmaßnahmen und einer klugen Planung lohnt sich der Schritt. Ganz ehrlich: Die Rodung von 1,2 Hektar ist im Verhältnis zum Nutzen für den

Klimaschutz und die Zukunft unserer Wälder ein vertretbarer Preis.

Ich wünsche mir, dass wir diese Diskussion weniger emotional und dafür sachlicher führen. Für mich ist klar: Die Energiewende und der Schutz des Waldes gehen zusammen, wenn wir es richtig machen.

*Jasmin Walter*

## **Leserbrief #2**

Mit großer Zustimmung habe ich Ihre Ausführungen zur Zerstörung unseres Waldbodens gelesen – und ich möchte Ihnen beipflichten: Was sich manche Waldbesitzer erlauben, ist schlichtweg unverantwortlich.

Es ist eine wissenschaftlich belegte Tatsache, dass ein einziger Zentimeter Waldboden bis zu 100 Jahre benötigt, um zu entstehen. Und doch wird dieser wertvolle Lebensraum rücksichtslos von schweren Maschinen zerfahren, planiert und geschändet – als wäre er beliebig ersetzbar.

Wer so mit unserem natürlichen Erbe umgeht, handelt nicht nur kurzfristig, sondern zerstört aktiv die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen. Solches Handeln darf nicht länger als „wirtschaftliche Nutzung“ verharmlost werden. Es ist ein Angriff auf das Ökosystem, auf die Artenvielfalt – und letztlich auf uns alle.

Ich danke der Bürgerinitiative Pronatur für ihren unermüdlichen Einsatz und fordere: Schluss mit der industriellen Vergewaltigung unserer Wälder! Nachhaltigkeit darf kein leeres Wort bleiben.

*Nina Mayer*

### Leserbrief #3

Wenn wir uns zu Recht gegen die Industrialisierung unserer Landschaft wehren, dann sollten wir auch den Mut haben, die ganze Wahrheit auszusprechen. Jedes Mal, wenn ich sehe, wie sich Menschen empört über „Vogelschredder“ aufregen, nur um sich in der Pause ihr Wurstbrot aus Massentierhaltung schmecken zu lassen, frage ich mich: Wie glaubwürdig sind wir eigentlich?

Die traurige Realität ist, dass wir uns mit unserer selektiven Empörung selbst belügen. Während wir gegen Windräder kämpfen, die für Vögel und Wildtiere gefährlich sind, finanzieren wir mit unserem täglichen Konsum eine Agrarindustrie, die systematisch Lebensräume zerstört und millionenfaches Tierleid verursacht. Für Weiden und Futtermittelanbau werden Wälder gerodet, Böden vergiftet und Artenvielfalt vernichtet – alles für Schnitzel und Wurst, die am Ende ohnehin im Müll landen. Und dann wundern wir uns, warum die Insekten verschwinden und die Vögel verstummen?

Es ist an der Zeit, diese Doppelmoral zu beenden. Wer wirklich Naturschutz will, darf nicht nur gegen Windräder sein, sondern muss auch seinen eigenen Lebensstil hinterfragen. Die größte Bedrohung für unsere Tierwelt kommt nicht nur von Rotoren, sondern von einer Landwirtschaft, die Natur zur Ware macht und Tiere zu Produktionsgütern degradiert. Jedes Mal, wenn wir billiges Fleisch kaufen, machen wir uns mitschuldig an diesem System.

Ich verlange von dieser Bewegung, endlich konsequent zu sein. Entweder wir nehmen den Schutz von Tieren und Lebensräumen ernst – dann aber bitte ganzheitlich und ohne Ausreden. Oder wir geben offen zu, dass es uns in Wahrheit nur um unser eigenes Wohlbefinden geht, nicht um die Natur.

*Nicole Bauer*

*(Veganerin und Umweltaktivistin und Windradgegnerin)*

## **Leserbrief #4**

Es wird höchste Zeit, dass wir uns als Gesellschaft wieder klar machen, wie sensibel unser ökologisches Gleichgewicht ist – und welchen Einfluss der Mensch auf elementare Prozesse wie den Sauerstoffkreislauf hat.

Unsere Atmosphäre besteht zu etwa **21 % aus Sauerstoff**, doch dieser Anteil ist nicht selbstverständlich. Er wird zu einem Großteil durch Wälder, Moore, Algen und andere Pflanzen permanent neu produziert. Gleichzeitig steigt der **CO<sub>2</sub>-Anteil**, nicht zuletzt durch menschliches Handeln: Verkehr, Industrie, Massentierhaltung und die rücksichtslose Abholzung von Wäldern treiben die Emissionen kontinuierlich in die Höhe.

Allein im Jahr 2023 hat die Menschheit rund **36 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>** freigesetzt – eine erschreckende Zahl, die uns nicht kaltlassen darf. CO<sub>2</sub> macht aktuell „nur“ etwa **0,04 % der Atmosphäre** aus, doch dieser geringe Anteil reicht schon, um das Klima spürbar aus dem Gleichgewicht zu bringen.

Wenn wir Wälder zerstören, vernichten wir nicht nur die „grüne Lunge“ unseres Planeten, sondern beschleunigen eine Spirale, die wir irgendwann nicht mehr stoppen können. Jeder Hektar, der verloren geht, verschlechtert die Sauerstoffproduktion und erhöht die CO<sub>2</sub>-Konzentration – mit langfristigen Folgen für Gesundheit, Klima und Artenvielfalt.

Ich danke Ihnen für Ihre wertvolle Aufklärungsarbeit und wünsche mir, dass mehr Menschen begreifen: Der Wald ist

kein Wirtschaftsgut – er ist Lebensgrundlage.

*Thomas Berger*

## Windkraft rettet das Klima – und tötet dabei die Natur?



Windkraft wird häufig als Retter im Kampf gegen den Klimawandel gefeiert. Doch ein genauerer Blick zeigt, dass sie für Fledermäuse zu einer tödlichen Falle geworden ist. Während in den USA das Weißnasensyndrom bereits Millionen Fledermäuse dahinrafft, verstärkt der Ausbau der Windenergie das Sterben in alarmierendem Ausmaß. Die Folgen reichen weit über den

Tierschutz hinaus – sie treffen Ökologie, Landwirtschaft und am Ende auch die menschliche Gesundheit.

## **Zwei tödliche Bedrohungen: Krankheit und Technik**

Das Weißnasensyndrom, ausgelöst durch den aus Europa eingeschleppten Pilz *Pseudogymnoascus destructans*, verbreitet sich seit 2006 in Nordamerika und hat ganze Fledermauspopulationen dezimiert. Die Tiere haben eine hohe Lebenserwartung und vermehren sich langsam, oft mit nur ein bis zwei Jungtieren im Jahr. Deshalb ist der Fortbestand ganzer Arten durch solche Verluste akut bedroht.

Doch längst nicht nur Krankheiten sind das Problem. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts sterben Fledermäuse in noch nie dagewesenem Ausmaß auch durch Kollisionen mit Windkraftanlagen. Diese bilden seit 2000 die Hauptursache für Massentode bei Fledermäusen – eine Entwicklung, die sich in Tausenden Berichten seit 1790 so noch nie beobachtet wurde.

## **Windräder – unterschätzte Todesfallen**

Fledermäuse fallen den Windrädern auf zweierlei Wege zum Opfer: Einerseits stoßen sie direkt mit den Rotorblättern zusammen, andererseits erleiden sie durch Druckabfall hinter den Flügeln schwere innere Verletzungen – ein sogenanntes Barotrauma. Hochrechnungen berichten von jährlich bis zu 200.000 getöteten Tieren allein in Deutschland, in den USA könnte die Zahl jährlich konservativ auf 600.000 geschätzt werden – genaue Zahlen fehlen, weil vor allem Windparks in fledermausreichen Regionen kaum untersucht sind.

Warum geraten Fledermäuse so häufig in die Nähe von Windrädern? Viele orientieren sich per Echoortung und verwechseln die Türme mit Bäumen, besonders wenn Windfarmen in der Nähe von Wäldern errichtet werden.

## **Technische Lösungen werden selten genutzt**

Wissenschaftler haben einfache Lösungen zur Reduktion des Fledermaussterbens vorgeschlagen. So könnte der Betrieb der Windanlagen auf Zeiten mit stärkerem Wind beschränkt werden – das würde das Risiko für Fledermäuse um bis zu 80 % senken. Dennoch werden solche Maßnahmen kaum umgesetzt, weil der minimale Energieverlust als wirtschaftlich problematisch gilt.

### **Folgen für Landwirtschaft und Mensch**

Fledermäuse sind zentrale Akteure im Ökosystem: Eine einzige Fledermaus vertilgt pro Nacht Tausende Insekten, darunter zahlreiche landwirtschaftliche Schädlinge. Ihr natürlicher Insektenschutz spart Landwirten jährlich Milliardenkosten durch weniger Pestizideinsatz. Der Rückgang der Fledermauspopulation zwingt Bauern jedoch dazu, vermehrt Insektizide einzusetzen – mit massiven Kosten- und Umweltfolgen.

Studien sehen einen Zusammenhang zwischen weniger Fledermäusen, steigendem Pestizideinsatz und sogar erhöhter Säuglingssterblichkeit, was die Tragweite dieser Entwicklung unterstreicht.

### **Das grün-grüne Dilemma: Klimaschutz gegen Naturschutz**

Die Energiewende stellt die Gesellschaft vor ein „grün-grünes Dilemma“: Einerseits sollen Windparks fossile Energieträger ablösen und das Klima schützen, andererseits gefährden sie Artenvielfalt und Biodiversität massiv. Insbesondere für Fledermäuse, aber auch für bestimmte Vogelarten, sind Windenergieanlagen eine erhebliche Gefahr.

### **Notwendige Debatte um Naturverträglichkeit**

Klar ist: Klimaschutz darf nicht auf Kosten der Artenvielfalt gehen. Der weitere Ausbau der Windenergie muss mit wirksamem Schutz sensibler Arten einhergehen. Dazu gehören:

Konsequente Berücksichtigung ökologischer Studien und

Standortwahl abseits von Schlüsselhabitaten.

Technische Anpassungen (z.B. Abschaltungen bei Fledermausflug).

Gesetzliche Vorgaben und klare Regeln zur Minimierung naturschädlicher Nebenwirkungen.

### **Wer die Natur zerstört, wird das Klima nicht retten**

Fledermäuse sind kein Randproblem für Naturschützer, sondern ein Symbol für die entscheidende Rolle intakter Ökosysteme. Wer natürliche Schädlingsbekämpfer opfert und die Pestizidlast erhöht, schadet am Ende sich selbst. Die Lösung erfordert Ehrlichkeit und einen echten Interessenausgleich zwischen Klimaschutz und Naturerhalt.

Windkraftanlagen dürfen keine Todesfallen für Fledermäuse sein. Nur so kann die Energiewende dauerhaft erfolgreich und wirklich nachhaltig sein.

### **Quellen:**

Resultat weltweiter Untersuchung: Fledermaussterblichkeitsrate

...

<https://de.mongabay.com/2016/07/resultat-weltweiter-untersuchung-fledermaussterblichkeitsrate-nicht-mehr-nachhaltig/>

PDF Fledermausschutz und Windenergie – David gegen Goliath?

[https://fledermausschutz-sachsen.de/media/nabu\\_lfa\\_-\\_fledermausschutz\\_und\\_wka\\_final.pdf](https://fledermausschutz-sachsen.de/media/nabu_lfa_-_fledermausschutz_und_wka_final.pdf)

Bedrohungen – NABU

<https://www.nabu.de/presse/test/contentaudit/34096.html>

Windräder: Todesfallen für Fledermäuse – wissenschaft.de

<https://www.wissenschaft.de/erde-umwelt/windraeder-todesfallen-fuer-fledermaeuse/>

PDF PD Dr. Christian Voigt – NABU

[https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/wind/voigt\\_nabu\\_230415.pdf](https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/wind/voigt_nabu_230415.pdf)

---

**Bürgerinitiative ProNatur  
ruft zur Teilnahme auf:  
Entscheidung über  
Windvorrangflächen steht  
bevor**

# **RETTET UNSER NIEDERBAYERN**

**Wichtiges Datum?  
10.07.2025 – 9.00Uhr**

**Warum?**

**Planungsausschuss entscheidet über Windvorrangflächen**

**Wo?**

**Landratsamt Straubing–Bogen**

**öffentliche Sitzung**

**Mehr Infos?**

**[www.buergerinitiative-pronatur.de](http://www.buergerinitiative-pronatur.de)**



**WHATSAPP GRUPPE  
FÜR INFOS**

**Impressum & Kontakt:**

[www.buergerinitiative-pronatur.de/Impressum](http://www.buergerinitiative-pronatur.de/Impressum)

[kontakt@buergerinitiative-pronatur.de](mailto:kontakt@buergerinitiative-pronatur.de) – Verantwortlich gemäß §55 Abs. 2 RStV: siehe Impressum auf der Webseite

Am Donnerstag, den 10. Juli 2025, um 9:00 Uhr, kommt der

Planungsausschuss des Landkreises Straubing-Bogen zu einer richtungsweisenden Sitzung im Landratsamt Straubing zusammen. Im Mittelpunkt steht ein Thema, das in den letzten Monaten für hitzige Debatten und wachsenden Unmut in der Bevölkerung gesorgt hat: die Festlegung von Windvorrangflächen im Landkreis.

Die Sitzung könnte endgültig über die Flächen entscheiden, auf denen künftig Windkraftanlagen errichtet werden dürfen – ein Schritt, der aus Sicht der Bürgerinitiative ProNatur tiefgreifende Folgen für Landschaft, Natur und Lebensqualität im ländlichen Raum hätte. Aus diesem Grund ruft die Initiative alle Bürgerinnen und Bürger des Landkreises auf, zahlreich an der Sitzung teilzunehmen, um ein klares Zeichen gegen den Bau von Windrädern im Landkreis zu setzen.

„Wir sind nicht gegen erneuerbare Energien – aber wir sind gegen eine ideologisch getriebene Windkraftplanung, die ohne Rücksicht auf Mensch, Natur und Heimat durchgedrückt werden soll“, erklärt ein Sprecher von ProNatur. „Es geht um den Erhalt unserer einzigartigen Kulturlandschaft, um Artenschutz, um den Schutz vor gesundheitlichen Risiken durch Infraschall und um die Frage, ob Bürgerinteressen überhaupt noch Gehör finden.“

Entscheidung hinter verschlossenen Türen?

Viele Mitglieder der Bürgerinitiative kritisieren, dass die Planung weitgehend ohne transparente Bürgerbeteiligung erfolgt sei. Zahlreiche Eingaben, Einwände und kritische Stimmen aus der Bevölkerung seien zwar entgegengenommen, aber bislang nicht ernsthaft berücksichtigt worden.

Auch rechtliche und ökologische Bedenken – etwa der Schutz von Vogelarten, die Nähe zu Wohngebieten oder die Frage der Wirtschaftlichkeit – seien untergeordnet behandelt worden, so ProNatur. Nun steht die Sorge im Raum, dass der Ausschuss die Flächen trotz breiter Ablehnung in der Bevölkerung festlegen

könnte.

„Wir müssen sichtbar sein – für die Entscheidungsträger im Ausschuss und für die Öffentlichkeit. Nur wenn viele Menschen Gesicht zeigen, kann verhindert werden, dass unser Landkreis zur Industriezone für Windkraft wird“, so der Appell der Initiative.

## Hintergrund

Im Zuge der nationalen Energiewende und der Klimaziele sollen auch im Landkreis Straubing-Bogen sogenannte Windvorrangflächen ausgewiesen werden – also Gebiete, in denen Windenergie bevorzugt und vorrangig ausgebaut werden soll. Kritiker befürchten, dass es zu einer Zerstückelung der Landschaft, einer Gefährdung von Tierarten sowie zu einer Entwertung von Immobilien kommen könnte. Auch der fehlende/schwache Wind in manchen Gebieten und die unkalkulierbaren Auswirkungen auf Mensch und Natur sind Gegenstand intensiver Diskussionen.

## Fakten zur Sitzung

- Wann: Donnerstag, 10. Juli 2025, 9:00 Uhr
- Wo: Landratsamt Straubing, Sitzungssaal
- Thema: Entscheidung über Windvorrangflächen im Landkreis Straubing-Bogen
- Aufruf: Teilnahme aller interessierten Bürgerinnen und Bürger zur öffentlichen Sitzung und zum friedlichen Protest

---

# Frankreich stoppt Windkraft:

# Schutz für Mensch & Natur



Es ist ein Paukenschlag aus Frankreich, der weit über die Landesgrenzen hinaus hallt: Das französische Parlament hat beschlossen, sämtliche neuen Genehmigungen für Windkraft- und Solarparks vorerst zu stoppen. Dieser Schritt kommt überraschend, aber er ist überfällig – und ein Signal, das auch Deutschland ernst nehmen sollte. Denn was seit Jahren von vielen Bürgern, Wissenschaftlern und Umweltschützern kritisiert wird, scheint in Frankreich nun erstmals politisch Gehör zu finden.

Grund für das Moratorium ist der zunehmende Druck aus der Bevölkerung. Immer mehr Menschen spüren, dass der massive Ausbau erneuerbarer Energien nicht nur Vorteile bringt. Im Gegenteil: Die sogenannten „grünen“ Technologien haben in den vergangenen Jahren massive Spuren in Natur, Landschaft und Lebensqualität hinterlassen. Windräder, einst als Hoffnungsträger gefeiert, sind vielerorts zu Symbolen der Entfremdung geworden. Riesige Konstruktionen ragen in die Landschaft, prägen ganze Regionen und zerstören dabei nicht selten Lebensräume, die über Jahrzehnte gewachsen sind. Wälder

werden gerodet, um Platz für neue Anlagen zu schaffen. Böden werden verdichtet, Biotop unwiederbringlich zerstört.

Nicht nur die Natur leidet, auch die Menschen selbst. Besonders in ländlichen Regionen wird die Belastung durch Windräder immer deutlicher spürbar. Viele Anwohner berichten über Dauerlärm, Infraschall, Schattenschlag und gesundheitliche Beschwerden wie Schlafstörungen oder Kopfschmerzen. Die Nähe mancher Anlagen zu Wohnhäusern ist erschreckend – teils stehen sie in wenigen Hundert Metern Entfernung. Hinzu kommt der wirtschaftliche Schaden: Immobilien verlieren an Wert, Tourismus bricht ein, Menschen fühlen sich übergangen und ausgeliefert.

Auch der Tierwelt setzen die Anlagen enorm zu. Jahr für Jahr sterben zehntausende Vögel durch Kollisionen mit Rotorblättern. Besonders betroffen sind Greifvögel, die ihre Flugbahnen nicht an die künstlichen Hindernisse anpassen können. Fledermäuse, die auf bestimmte Jagdgebiete angewiesen sind, verschwinden, weil sie den durch Windräder erzeugten Druckunterschieden nicht standhalten können. Ganze Populationen gehen verloren – still, fast unbemerkt und doch dramatisch.

Doch nicht nur Windkraftanlagen stehen in der Kritik. Auch der Ausbau von Photovoltaik – insbesondere in Form großer Solarparks – hat seine Schattenseiten. Immer mehr fruchtbare Ackerflächen werden für riesige Anlagen versiegelt. Was früher der Nahrungsmittelproduktion diente, wird nun mit Metall und Glas überzogen. Besonders in Zeiten geopolitischer Spannungen und wachsender Unsicherheit bei der Lebensmittelversorgung wirkt dieser Trend geradezu paradox. Die Versiegelung von wertvollem Boden ist ein Eingriff in die Zukunftsfähigkeit ganzer Regionen – und wird dennoch mit dem Etikett „nachhaltig“ versehen.

Das französische Moratorium markiert hier eine dringend notwendige Zäsur. Zum ersten Mal steht nicht der blinde

Fortschrittsglaube im Vordergrund, sondern die Frage nach den realen Folgen. Ziel ist eine umfassende Folgenabschätzung, eine ehrliche Bewertung der ökologischen, gesundheitlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen des Erneuerbaren-Ausbaus. Genau das, was Kritiker seit Jahren fordern: keine Politik nach Bauchgefühl, sondern nach Fakten.

Begleitet wurde die Abstimmung von einem politischen Paukenschlag: Die Fraktion des Rassemblement National brachte zeitgleich einen Antrag ein, das 2020 stillgelegte Atomkraftwerk Fessenheim wieder ans Netz zu nehmen. Auch wenn dieser Vorstoß schnell von der Atomaufsicht abgeschmettert wurde – das Kraftwerk ist inzwischen technisch weitgehend abgebaut und ein Wiederanlauf ist kaum realisierbar – verdeutlicht der Vorstoß doch eines: Die Debatte um Energieversorgung ist in Bewegung geraten. Es gibt wieder Alternativen, Diskussionen, ein Ringen um Wege statt das monotone Mantra vom „alternativlosen“ Ausbau.

Dass der Beschluss überhaupt zustande kam, lag auch an der Zusammensetzung des Parlaments zum Zeitpunkt der Abstimmung. Ein Bündnis aus den Republikanern und dem Rassemblement National brachte genügend Stimmen zusammen, während viele Abgeordnete der Regierung und linker Parteien nicht anwesend waren. Ein politischer Zufall vielleicht – aber einer, der einen echten Wandel auslösen könnte.

Was Frankreich hier tut, ist kein Rückschritt. Es ist ein Innehalten. Ein Nachdenken. Ein notwendiger Moment der Besinnung in einer Debatte, die viel zu lange von technokratischer Alternativlosigkeit geprägt war. Wer wirklich die Umwelt schützen will, darf sie nicht durch gigantische Industrieanlagen im grünen Gewand zerstören. Nachhaltigkeit bedeutet, Mensch und Natur in Einklang zu bringen – nicht, sie gegeneinander auszuspielen.

Frankreich zeigt, dass es auch anders geht. Der Ausbau erneuerbarer Energien muss demokratisch legitimiert,

ökologisch verträglich und sozial gerecht sein. Es darf nicht darum gehen, möglichst viele Anlagen in möglichst kurzer Zeit zu errichten. Es muss darum gehen, die richtigen Entscheidungen für eine lebenswerte Zukunft zu treffen – mit Weitsicht, Augenmaß und Rücksicht.

Doch der Widerstand gegen Wind- und Solarparks speist sich nicht nur aus Umwelt- und Gesundheitsaspekten. Auch ökonomisch gerät der Ausbau zunehmend in die Kritik. Immer mehr Kommunen berichten von fehlender Wertschöpfung vor Ort. Die Gewinne fließen meist an überregionale Investoren oder große Energiekonzerne, während die betroffenen Gemeinden mit den Lasten allein gelassen werden. Das versprochene „Teilhabe-Modell“ für Bürger funktioniert in der Praxis oft nicht. Die Einnahmen sind gering, der Einfluss auf Standortentscheidungen noch geringer.

Hinzu kommt ein Thema, das bislang viel zu wenig beachtet wird: die Material- und Rohstofffrage. Windräder, insbesondere Offshore-Anlagen, benötigen riesige Mengen an Beton, Stahl und seltenen Erden – etwa für Permanentmagnet-Generatoren. Diese Rohstoffe stammen oft aus Ländern mit fragwürdigen Umwelt- und Sozialstandards. Der „grüne“ Strom ist also häufig nur vordergründig sauber, während anderswo Umweltzerstörung, Ausbeutung und Kinderarbeit an der Tagesordnung stehen. Ein grünes Gewissen auf dem Rücken anderer – das kann keine nachhaltige Zukunft sein.

Auch die Entsorgung wird zum Problem: Erste Windparks erreichen bald das Ende ihrer Lebensdauer. Doch was passiert mit den riesigen Rotorblättern, die aus Verbundstoffen bestehen und kaum recycelbar sind? Schon heute türmen sich ausgediente Blätter auf Deponien – ein wachsender Berg ungelöster Entsorgungsprobleme. Von einem echten „Kreislauf“ kann keine Rede sein.

Ein weiterer kritischer Punkt ist die Volatilität dieser Energiequellen. Wind- und Sonnenstrom stehen nicht zuverlässig

zur Verfügung, sondern nur, wenn das Wetter mitspielt. Das zwingt die Netzbetreiber zu massiven Eingriffen ins Stromsystem – mit hohen Kosten. Gleichzeitig müssen konventionelle Kraftwerke – oft Gaskraftwerke – als Reserve vorgehalten werden. Der sogenannte „Zappelstrom“ bringt also keine Versorgungssicherheit, sondern macht das System anfällig, teuer und instabil.

Auch auf internationaler Ebene wird diese Diskussion lauter. In Skandinavien, Italien, Spanien und den USA mehren sich Stimmen, die einen „Green Deal“ nicht als Freifahrtschein für Großindustrie im Namen der Ökologie sehen wollen. Viele dieser Länder setzen nun verstärkt auf echte Innovation: dezentrale, bedarfsgerechte Systeme, Speichertechnologien und den sparsamen Umgang mit Ressourcen statt Flächenverbrauch im Gigawattmaßstab.

Die große Frage lautet: Wollen wir wirklich unsere letzten unberührten Landschaften opfern – für Technologien, die selbst erhebliche Nebenwirkungen haben? Oder brauchen wir eine neue Debatte darüber, wie eine wirklich nachhaltige Energiewende aussieht? Frankreich hat einen mutigen Schritt gewagt. Vielleicht ist es Zeit, auch bei uns nicht länger die Augen zu verschließen.

Quellen:

<https://www.francesoir.fr/politique-france/l-assemblee-un-moratoire-sur-les-eoliennes-et-panneaux-solaires-seme-la-zizanie>

[https://www.lemonde.fr/energies/article/2025/06/19/un-moratoire-sur-l-eolien-et-le-solaire-adopte-a-l-assemblee-nationale-par-un-vote-conjoint-de-la-droite-et-de-l-extreme-droite\\_6614663\\_1653054.html](https://www.lemonde.fr/energies/article/2025/06/19/un-moratoire-sur-l-eolien-et-le-solaire-adopte-a-l-assemblee-nationale-par-un-vote-conjoint-de-la-droite-et-de-l-extreme-droite_6614663_1653054.html)